

Rede der Mieterinitiativen Stuttgart am 07.03.2013 auf dem Schloßplatz Stuttgart

Guten Abend Stuttgarter Mieter und liebe Mi(e)streiterinnen und Mi(e)streiter,

Die Finanzspekulation hat nun auch den Wohnungsmarkt erreicht. Wohnungsbau- und Immobilienunternehmen geht es nur um eine höchstmögliche Rendite.

Die Folge der Privatisierung von öffentlichem Eigentum ist massive Verteuerung der Mieten, statt nachhaltiger Wohnungsbewirtschaftung. Die gesetzliche Verpflichtung zur Instandhaltung wird systematisch missachtet.

Wir Mieter sehen nicht ein, dass wir die Reichen durch immer höhere Mieten immer reicher machen. Dagegen wehren wir uns. Deshalb stehen wir heute hier.

Meine Wohnung gehört zu den ehemaligen Wohnungen der Eisenbahnsiedlungsgesellschaft. Einst hat die Bahn Menschen für niedrig bezahlte Jobs, wie Busfahrer, Rangierer, Lokführer und Zugbegleiter preiswerte Dienstwohnungen gebaut. Durch den Verkauf unserer Wohnungen – 2002 an die LEG/LBBW und durch erneuten Verkauf vor einem Jahr von der LBBW an die Heuschrecke Patrizia werden wir betrogen.

Alle Politiker aller Parteien haben im Aufsichtsrat – entgegen dem Koalitionsvertrag - dem Verkauf zugestimmt. Diese Art der Wohnungspolitik ist nicht neu. Offensichtlich haben die Politiker kein Gespür mehr für die Bedürfnisse der Menschen, für die sie in die Parlamente gewählt wurden.

Es kommt aber noch dreister.

2012 scheiterte der Verkauf der Wohnungen an ein Konsortium von Kommunen an 30 Millionen €. Die LBBW hat aktuell für das Geschäftsjahr 2012 einen Gewinn von 400 Millionen bekannt gegeben. Dieser Gewinn wurde auf Kosten von uns Mietern und Steuerzahlern erwirtschaftet. Zuvor haben die LBBW-Manager Milliarden durch windige Finanzgeschäfte verzockt, ohne dass einer der Manager zur Rechenschaft gezogen wurde.

Das ist ein Skandal!!!

Die Südewo, als neue Verwaltergesellschaft unserer Wohnungen hat offen erklärt, dass sie alle gesetzlichen Möglichkeiten für Mieterhöhungen ausschöpfen werde. Und das erleben wir jetzt. Alle 15 Monate wird uns die Miete erhöht. Sie gehen bis zur Kappungsgrenze von 20% innerhalb von drei Jahren.

Ein Rentner mit 1200,00 Euro, soll nach der jüngsten Mieterhöhung 580 Bruttokaltmiete bezahlen. Das bedeutet Altersarmut.

Es gilt das gesprochene Wort.

Das darf nicht sein. Deshalb fordern wir einen Mietpreisstopp.

Sage und schreibe 450.000 qm Gewerbeflächen stehen in Stuttgart derzeit leer. Das entspricht 9.000 Wohnung zu je 50qm. In der ganzen Innenstadt drehen sich derzeit Kräne. Aber nicht für den Bau von Wohnungen, sondern für den Bau von weiteren 100.000 qm Shoppingflächen und für den Bau des Milliardengrabes Stuttgart 21.

Damit muss Schluss gemacht werden. Unsere Stadt darf keine Goldgrube von Immobilienspekulanten sein. Es müssen preisgünstige Wohnungen gebaut werden, statt Kommerztempel.

Mit der städtischen Wohnungsbaugesellschaft SWSG hat die Stadt 18.000 Mietwohnungen unter ihrer Kontrolle. Wenn die Parteien im Gemeinderat es ernst meinen mit bezahlbaren Mieten und einer mieterfreundlichen Politik, dann sollen sie mit der städtischen Wohnungsgesellschaft SWSG ein Beispiel setzen. Aber auch die Mieter der SWSG erleben, dass nur die Rendite zählt. Mietervertreibung durch Modernisierung, Mieterhöhungen bis zum Mietspiegel, Abriss von bezahlbaren Wohnungen.

In der Bottroper Str. im Hallschlag wollte die SWSG nach einer Modernisierung eine Mieterhöhung von bis zu 64%. Und bei diesen Wohnungen handelt es sich um Sozialwohnungen.

Ab Juli sollen die Mieten aller frei finanzierten Wohnungen bei der SWSG um durchschnittlich 6,2% und bis zu 10% erhöht werden. Wir fordern, dass diese Mieterhöhung zurückgenommen wird und die Stadt preiswerten Wohnraum zur Verfügung stellt.

Bei energetischen Modernisierungen dürfen die Kaltmieten nur um den Betrag steigen, wie die Energiekosten zurückgehen.

Überall in der Stadt stehen Wohnungen leer und werden erhaltenswerte Häuser abgerissen.

In Stuttgart Ost wollte der Bau- und Heimstättenverein trotz guter Bausubstanz die stadtteilprägende Karl-Beer-Siedlung abreissen lassen. 60 bezahlbare Wohnungen wären dadurch verloren gegangen.

Abriss und Leerstand muß gestoppt werden. Preiswerter Wohnraum muss erhalten bleiben!!

Mieten dürfen nicht weiter steigen. Sie müssen bezahlbar sein. Denn das ist unsere Stadt. Und wir wollen hier zu bezahlbaren Mieten wohnen. Ein Dach über dem Kopf zu haben, ist das elementare menschliche Bedürfnis. Es ist ein Grundrecht. Es darf nicht auf dem Altar des Profitsystems geopfert werden. Das bestehende Mietrecht ist Mietunrecht. Das muss geändert werden. Wir Mieter müssen uns zusammenschließen und unser Recht verteidigen. Damit haben wir begonnen.

Es gilt das gesprochene Wort.

Und wir haben erste Erfolge erzielt. Der Widerstand der Mieter in der Bottroper Straße im Hallschlag hat dazu geführt, dass die SWSG den Mietern inzwischen schriftlich zugesagt hat, dass die Mieterhöhung nach der Modernisierung nicht 64% sondern „erheblich geringer ausfallen“. Wie hoch wissen wir nicht. Denn bis heute ist die SWSG nicht in der Lage die neue Miete zu berechnen.

Die Mieterinitiative Karl-Beer-Siedlung hat erreicht, dass die Karl-Beer-Siedlung nicht abgerissen wird. Jetzt kommt es darauf an, dass die Stadt Stuttgart ihr Vorkaufsrecht wahrnimmt und die Siedlung nicht in die Hand einer Heuschrecke fällt.

Die Mieter der ehemaligen LBBW-Wohnungen haben sich zu mehreren Mieterversammlungen von bis zu 200 TeilnehmerInnen versammelt und wehren sich gemeinsam gegen die Patrizia/Südewo, 8 Prozent Rendite auf dem Rücken der Mieter zu erwirtschaften.

Wenn sich die Mieter organisieren und sich immer mehr Menschen zur Verteidigung ihrer Interessen und Rechte zusammenschließen, wenn wir es schaffen die Zusammenhänge in der Bevölkerung deutlich zu machen und wenn wir alle Initiativen vernetzen, dann können wir eine breite, machtvolle Bewegung aufbauen. Der heutige Tag ist dafür ein Schritt in diese Richtung. Lasst uns weiter daran arbeiten. Und machen sie aktiv mit.

Wir haben hier einen Infostand aufgebaut. Hier bekommen Sie weitere Informationen über unsere Initiativen und Hilfestellungen beim Aufbau von weiteren Initiativen.

Es gilt das gesprochene Wort.